

Haushalts-"Beratungen"

Ende Oktober legte die Bürgermeisterin den HH-Entwurf vor. Danach folgten 2 Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses. Zu diesen Sitzungen sollten Fragen und Änderungsanträge vorgelegt werden.

- Fragen stellte die MFN-Fraktion.
- Anträge stellte die MFN-Fraktion.

Den anderen Fraktionen war nach "durchwinken" zumute – die Einsetzung des Steuerkommissars in 2013 hatte gewirkt. Sie taten also das, was Frau Zentis (Grüne) "den Gestaltungsspielraum nutzen" genannt hatte: Ja sagen zur Steuererhöhung. Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass das Land für die Schlechterstellung der kleinen Flächengemeinden durch die Änderungen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisung allein verantwortlich ist.

Gegen die Erhöhung der Grundsteuer B auf 850 % stimmten nur die MFN-Fraktion und Herr Erler (SPD). Wer, wie die CDU-Fraktion, der Erhöhung auf Großstadt-Niveau zustimmt, hilft der Landesregierung von ihrer Verantwortung (140.000.000.000 € Schulden, Neuverschuldung in 2014: 3.200.000.000 €) abzulenken.

Übernachtungssteuer

Wir stimmten dagegen (auch Herr Erler schloss sich an), weil der Einführungszeitpunkt, 01.01.15, für die Betriebe besonders ungünstig ist (sie haben ihre Preise längst veröffentlicht) und weil wir in der Satzung die Androhung einer Einsicht in die Geschäftsunterlagen durch städtische Mitarbeiter für völlig unangemessen halten. Die Anzahl der betroffenen Betriebe ist doch überschaubar. Alle unter Generalverdacht zu stellen ist völlig unbegründet. Sie sind nicht gleichzusetzen mit der REA GmbH (Windkraftplaner), die sich zunächst weigerte ihrer vertraglichen Verpflichtung zur Zahlung von 8.148 € nachzukommen.

Parkgebühren

In der Verwaltungsvorlage stand worum es bei der Änderung ging: Die "Belebung" des Parkplatzes vor dem Zülpicher Tor. Auch wenn wir gegen die Parkgebühren sind, weil sie kaum der Innenstadtbelebung nutzen, konnten wir eine Begrenzung der Kosten für die Dauerparkausweise auf 90 € jährlich erreichen.

Winterdienst

Auch die Gebühren für den Winterdienst sollten angeblich wegen Kostenunterdeckung um rund 10 % steigen. Anscheinend hatte sich nur die MFN-Fraktion die Mühe gemacht nachzurechnen. Die Gebühren bleiben unverändert.

Die Bürgermeisterin "informiert":

"Immer wieder versuchen wir Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu nutzen. Dies hat jetzt dazu geführt, dass für die Abfallentsorgung zum 01.01.2015 die RegioEntsorgung AöR für die Stadt Nideggen zuständig ist." Wer das liest, könnte sich freuen. Interkommunale Zusammenarbeit klingt gut. Es könnte kostengünstiger werden. Leider sind die "Informationen" der Bürgermeisterin nur mit Vorsicht zu genießen. Der tatsächliche Ablauf war anders:

- Ende 2013 informierte die Bürgermeisterin den Rat, dass der Vertrag über Müll-Sammlung und Abfuhr Ende 2014 (überraschend ?) endet und deshalb sofort eine europaweite Ausschreibung zu beschließen sei. Der Rat konnte nur zustimmen.
- Die Ausschreibung führte nur zu **einem** Angebot: ca. 85 % teurer als bisher. Wer eine rechtswidrige Absprache der Entsorgungsunternehmen vermutet, wird dies kaum beweisen können.
- Dem Rat blieb dann nur noch die Möglichkeit, dem Beitritt zum Zweckverband Regio-Entsorgung AöR zuzustimmen. Wir haben nicht dagegen gestimmt, sondern uns enthalten.

Wäre die "Information" der Bürgermeisterin richtig, hätten wir rund 22.000 € (für Ausschreibung und Rückstellung für mögliche Forderungen des einzigen Anbieters) sparen können. Wir hätten auch rechtzeitig überlegen können, welchem Zweckverband wir beitreten. Da in den letzten 3 Jahren die Gebühren zu hoch waren, entstand ein Überschuss in Höhe von 289.000 €. Er wird jetzt ab 2015 mit jährlich 75.000 € aufgelöst. Das dämpft für 4 Jahre die Gebührenerhöhung. Dass es im Bürgermeisterwahljahr beginnt, ist wahrscheinlich Zufall!

Schul-/Bildungspauschale

68.809 € (= 30 %) der für 2013 zugewiesenen zweckgebundenen Mittel wurden nicht ausgegeben. Für 2014 kann die Zahl angeblich erst im Rahmen des Haushaltsabschlusses ermittelt werden. Planung sieht anders aus! Wir werden dafür sorgen, dass der zuständige Ausschuss sich für 2015 rechtzeitig damit befasst.

Als es im Mai 2012 um die überfällige Dachsanierung im Schulzentrum ging, mussten **wir** erst eine Sondersitzung des Ausschusses mit "Schimmelbesichtigung" im Schulzentrum fordern, um die Verwaltung zur Einplanung von Mitteln für die Sanierung zu bewegen. Wir hielten das noch für eine Ausnahme.



Windkraft in Nideggen

Nideggen war die erste Kommune im Kreisgebiet, die für die Nutzung von Windkraft ihren Flächennutzungsplan geändert hatte - allerdings ohne flächendeckende Untersuchung des gesamten Stadtgebietes. Der Plan wurde trotzdem gebilligt und ist rechtskräftig. 2013 wurde die Untersuchung durchgeführt. Für eine weitere Ausweisung von Flächen gibt es keine begründbare Veranlassung, vor allem aber kein allgemeines öffentliches Interesse unserer Bürger, sondern nur Einzelinteressen (der Windkraftplaner). Selbst wenn es für die Stadt zu geringen Einnahmen käme, rechtfertigt es nicht die endgültige Beeinträchtigung unserer Lebensqualität und den Eingriff in unsere Umwelt. Gemeinsam mit CDU und FDP haben wir die Ausweisung weiterer Flächen verhindert.

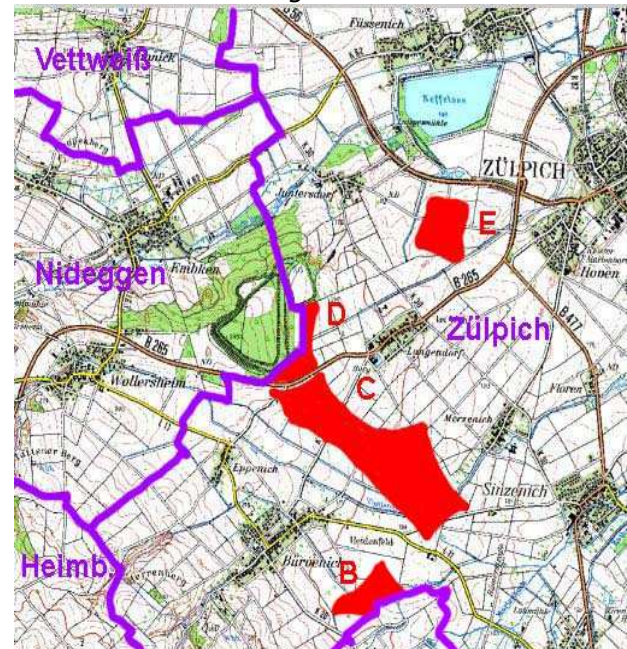
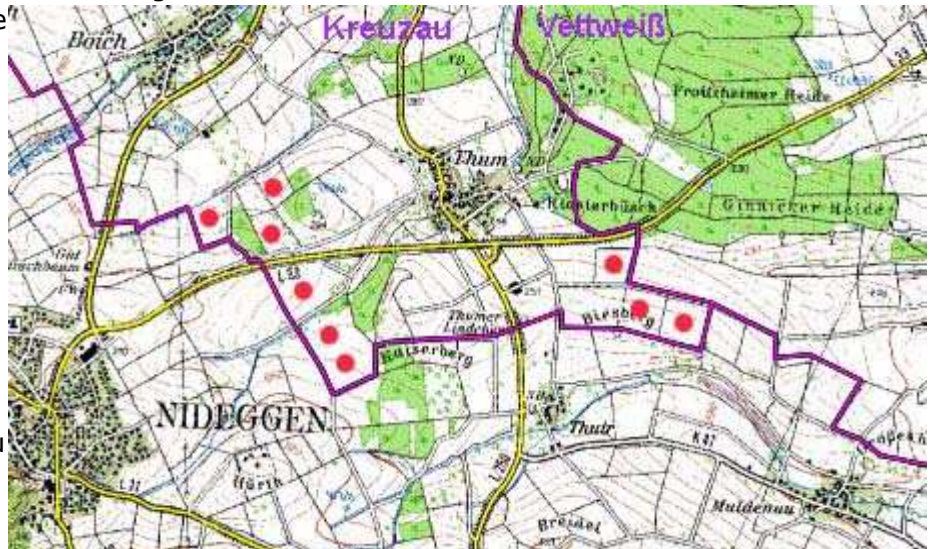
Windkraft in Kreuzau

Mit Windkraftanlagen will Kreuzau bis fast auf den letzten möglichen Meter an die Gemeindegrenze zu Vettweiß und Nideggen. Die 200 m hohen Anlagen reichen auf eine Höhe bis 448 m ü. NN. Wir hatten die Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Stellungnahme der Stadt zu den Kreuzauer Bebauungsplänen" in die Ratssitzung

beantragt, damit die Gemeinde Kreuzau eine angemessene Antwort erhält. Sie hat sie dann nur durch die Presse erhalten können. Das hielt die Bürgermeisterin für die angemessene Zustellung eines Ratsbeschlusses!

Windkraft bei Kreuzau

Auch die Gemeinde Hürtgenwald plant Anlagen - diesmal vor der Kreuzauer Haustür. Die Kreuzauer Verwaltung hatte vorgeschlagen, dieses wegen ähnlicher Verhältnisse wie im Bereich Nideggen-Kreuzau zu akzeptieren. Das fand keine Mehrheit. Der Bauausschuss Kreuzau beschloss: "Die Südkreiskommunen eint das Bestreben einer touristischen Inwertsetzung der Rureifel.



... Windräder auf diesem Höhenrücken sind somit weithin sichtbar und stellen einen harten Eingriff in das Landschaftsbild dar. Bei der Ausweisung der konkreten Standorte einzelner Windkraftanlagen und der Festlegung ihrer Höhenbegrenzungen bitten wir die Gemeinde Hürtgenwald inständig, dies zu berücksichtigen." Warum gilt dies nicht für eigene Planung gegenüber Nideggen?

Windkraft in Zülpich

Die Zülpicher Planung folgt der Regel: möglichst nahe zum Nachbarn. Die Stadt Nideggen wurde rechtzeitig informiert. Die Bürgermeisterin hätte die Nidegger Bürger informieren können. Sie tat es nicht. So wurden erst in der letzten Woche der Einspruchsfrist immerhin rund hundert Unterschriften betroffener Bürger gesammelt. Wenigstens hatte die Bürgermeisterin aus dem Kreuzauer Beispiel gelernt: Sie legte dem Bauausschuss den Entwurf der Nidegger Stellungnahme vor. Die war uns zu wohlwollend. Wir sind für klare, eindeutige Wortwahl. Wir schreiben: Wird nicht akzeptiert, statt wird nicht befürwortet. Die CDU-Fraktion unterstützte unseren Vorschlag. Zülpich hat eine klare, deutliche Antwort erhalten.